

Eupen, 08.09.2026

Studienbeihilfen werden deutlich ausgebaut

Franssen und Klinkenberg: Familien gezielt bei Bildungskosten unterstützen

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft setzt die bereits eingeleitete Reform der Studienbeihilfen konsequent fort. Die Beihilfen für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende sollen spürbar erhöht und gleichzeitig für mehr Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen zugänglich werden. Dafür sollen jährlich bis zu 700.000 Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.

„Unser Ziel ist, Familien dort stärker zu unterstützen, wo durch Schule, Ausbildung und Studium tatsächlich zusätzliche Kosten entstehen“, erklärt Unterrichtsminister Jérôme Franssen. *„Die Reform ist bereits in Umsetzung. In einem nächsten Schritt wollen wir nun nicht nur die bestehenden Studienbeihilfen deutlich erhöhen, sondern auch mehr Familien den Zugang ermöglichen.“*

Die Reform fügt sich damit in die grundsätzliche Linie der Regierung ein, Familien stärker über gezielte Maßnahmen bei Bildungs- und Schulbesuchskosten zu entlasten. Das bestehende System der Studienbeihilfen soll dabei in seiner Grundstruktur erhalten und gezielt weiterentwickelt werden.

Sozialministerin Lydia Klinkenberg betont: *„Entscheidend ist, dass öffentliche Mittel möglichst zielgerichtet bei den Familien ankommen, die Unterstützung benötigen. Die Weiterentwicklung der Studienbeihilfen ist deshalb auch sozialpolitisch ein wichtiger Schritt: Wir stärken Familien mit kleinen und mittleren Einkommen und investieren gleichzeitig unmittelbar in die Bildungschancen junger Menschen.“*

Die zuständigen Dienste bereiten derzeit die weiteren notwendigen Anpassungen der Rechtstexte vor. Die konkreten neuen Beträge und Einkommensgrenzen sollen im Zuge des weiteren Verfahrens vorgestellt werden.

„Wir wollen eine spürbare Verbesserung, die gleichzeitig sozial ausgewogen und dauerhaft finanzierbar ist“, so Franssen und Klinkenberg abschließend.